

MELANIE BERNSTEIN

Für Sie im Bundestag.

Moin liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche endet mit gleich zwei guten Nachrichten für unseren Wahlkreis. Am Donnerstagnachmittag hat der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, die **Predigerbibliothek beim Adeligen Kloster Preetz** und den **Kulturlockschuppen Neumünster** mit jeweils **750.000 Euro** zu unterstützen.

Ich freue mich sehr, dass diese beiden tollen Projekte auf meine Initiative nun vom Bund mit einer sehr beachtlichen Summe gefördert werden. Einsatz lohnt sich!

Die **Predigerbibliothek** beim Kloster Preetz stellt einen **einzigartigen und besonders schützenswerten Kulturschatz** dar. Ihr Buchbestand ist eine ganz besondere Rarität, dessen Fortbestand aber seit einigen Jahren wegen massiver **Feuchtigkeitsschäden gefährdet ist**. Eine Förderung ist heute dringender denn je, um die Bücher für die nächsten Generationen zu erhalten. Die **750.000 Euro vom Bund** werden dabei einen wertvollen Beitrag zur Restaurierung der Bücher sowie zu notwendigen Baumaßnahmen in der Bibliothek leisten.



Seit längerem bin ich mit **Dr. Thomas Kittel** (Bild) vom **Kulturlockschuppen Neumünster** im Gespräch, wie die Gebäude des ehemaligen Bahnbetriebswerks mit weiteren Projekten sinnvoll genutzt werden können. Schnell kam seitens der Neumünsteraner die Idee, die **Deutsche Rockmusik Stiftung** mit ins Boot zu holen und Musikproduktionsräume im Gebäude unterzubringen. Mit den **750.000 Euro** plant die Deutsche Rockmusik Stiftung jetzt die musikkulturelle Nutzung des Sozial- und Werkstattgebäudes auf dem ehemaligen Bahnbetriebswerk in Neumünster. Ein solches Konzept wie der Kulturlockschuppen ist bundesweit einmalig. Hier entsteht ein **spannender Ort für Kulturschaffende**, der nachhaltig die musikalische Kreativität, den professionellen Nachwuchs und die kulturelle Vielfalt vor Ort stärkt.

Zu Beginn der Woche hat sich das Bundeskabinett auf einen **Kompromiss bei der Grundrente** geeinigt, den wir als Union, denke ich, gut mittragen können. Ob Freunde,

Familienmitglieder oder Nachbarn: Wir alle kennen Menschen, die ihr **Leben lang berufstätig** waren, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deren Rente aber nicht zum Leben reicht. Das soll sich künftig ändern: Wer **35 Jahre in die gesetzliche Rente eingezahlt** hat und zusätzlich eine Grundsicherung bezieht, bekommt künftig einen Rentenaufschlag oberhalb der Grundsicherung. Ob Bedarf besteht, soll durch eine **Einkommensprüfung** festgestellt werden. In den anstehenden parlamentarischen Verhandlungen werden wir dennoch ganz genau ausloten, dass die Grundrente auch zielgenau bei denen ankommt, die sie tatsächlich benötigen.

Und noch ein positives Signal kommt aus dem Kabinett: Es wurde eine Regelung gefunden, die **Krankenkassenbeiträge für die Bezieher von Betriebsrenten** neu zu regeln. Mit der Einführung eines dynamisierten Freibetrags sollen rund 60% der Betriebsrentner in Zukunft maximal den halben Beitragssatz zahlen, die weiteren 40% sollen spürbar entlastet werden. Auch hier gilt, dass der Bundestag als Gesetzgeber wie immer das letzte Wort bei der konkreten Ausgestaltung dieser Neuregelung hat.

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich freue mich, dass Sie wieder dabei sind und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Kennen Sie schon meinen **WhatsApp-Informationen-Service**?

Die Themen der Woche im Plenum

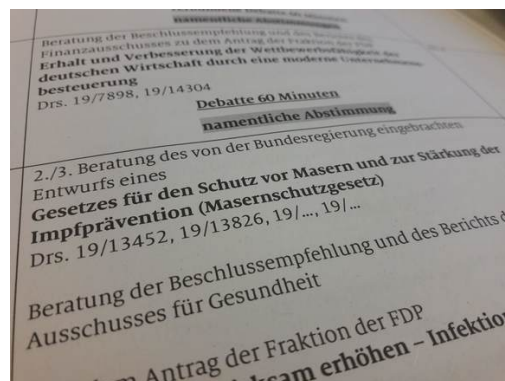
Abbau des Solidaritätszuschlags

Am Donnerstag haben wir den **Abbau des Solidaritätszuschlags** ab 2021 beschlossen. Durch die vorgesehene Neuregelung werden ca 90% der Soli-Zahler vollständig entlastet. Weitere 6,5% der Steuerzahler werden künftig weniger zahlen müssen. Ich hätte mir **einen vollständigen Abbau** für alle Steuerzahler gewünscht. Das wäre **aus meiner Sicht gerecht** gewesen. Nun heißt es also weiter dran bleiben und dafür eintreten, dass auch der verbleibende Rest abgebaut wird.

Trotz aller Kritik: Dieser **Abbau von ca. 12 Milliarden Euro** im Jahr stellt die größte Entlastung für die arbeitende Mitte der Gesellschaft in den letzten Jahren dar.

Schutz vor Masern und Stärkung der Impfprävention

Brauchen wir eine Impfpflicht zum Schutz vor Masern? Diese Frage bekomme ich in unzähligen Mails immer wieder gestellt. Am Donnerstag haben wir im Plenum ausgiebig über das Thema diskutiert und ein entsprechendes Gesetz dazu beschlossen. Die **Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten für den Menschen**. Gerade bei kleinen Kindern und Erwachsenen ab 20 Jahren besteht ein erhöhtes Risiko schwerwiegender Komplikationen und Folgeerkrankungen.



Ich bin ganz klar für eine Impfpflicht, auch, weil es seit 2015 vermehrt lokale Ausbrüche der Krankheit gab und die Impfquote abnehmend ist. Im Jahr 2015 waren es in Deutschland 2464 gemeldete Krankheitsfälle. Ziemlich viele für eine Krankheit, die eigentlich ausgerottet sein sollte. Die **Impfquote** liegt derzeit **unter der empfohlenen 95%-Marke**.

Mit dem Gesetz wollen wir einen besseren individuellen Schutz und einen ausreichenden Gemeinschaftsschutz erreichen. Der Fokus des **Masernschutzgesetzes** liegt bei den Personengruppen, die in **Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen** mit anderen in Kontakt kommen. Künftig müssen **alle Kinder bei Eintritt in KiTa, Kindergarten oder Schule** müssen eine Masernschutzimpfung vorweisen. Selbiges gilt auch für **Erzieher, Lehrer oder Tagespflegepersonen**.

Bestimmte Personen müssen vor einer Ansteckung durch nicht geimpfte Personen besonders geschützt werden. Dazu zählen sehr kleine Kinder, Kinder, die nicht oder nur vermindert auf eine Impfung ansprechen und diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen gar nicht geimpft werden können. Sie alle profitieren bei einer hohen Impfquote vom sogenannten "**Herdenschutz**". In unzähligen Mails wird mir, bzw. uns Abgeordneten vorgeworfen, dass wir mit dem Gesetz gegen die "körperliche Unversehrtheit" verstoßen. Ich sage dazu ganz klar: **Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen eingeschränkt wird. Masernschutz ist Kinderschutz!** Ich möchte an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, dass die Schutzimpfung grundsätzlich freiwillig bleibt und nicht durch Zwang durchgesetzt werden kann.

Erforschung und Rückgabe von NS-Raubkunst

Vor 21 Jahren, im Dezember 1998, ging von der **Washingtoner Konferenz** ein klares Signal hinsichtlich des von Nationalsozialisten organisierten **Raubs von Kulturgütern** aus: Die während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmten Kunstwerke sollen demnach als **Raubkunst** identifiziert, ihre Vorkriegseigentümer oder Erben ausfindig gemacht und eine „gerechte und faire Lösung“ zur Rückgabe gefunden werden. 44 Staaten und zwölf nicht-staatliche Organisationen unterzeichneten die **rechtlich nicht bindende Erklärung**, die bis heute gilt. Im Jahr 2003 wurde die „Beratende Kommission für die Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter“, in der Öffentlichkeit als **Limbach-Kommission** bekannt, gegründet. Auch sie besteht bis heute und kann von Betroffenen zu Fragen der Restitution von Raubkunst angerufen werden.

Seit 1998 ist viel passiert. **Mehr als 200.000 Kulturgüter** wurden ihren ursprünglichen Besitzern oder Erben **zurück gegeben**. 14.000 davon sind Bücher, Bibliotheksgut und Archivalien. Außerdem wurde die **Provenienzforschung**, die sich mit der Herkunft von Kunstwerken beschäftigt, **massiv ausgebaut**.

Die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte ist noch lange nicht zu Ende. Deswegen haben wir in dieser Woche **im Plenum einen Antrag verabschiedet**, in dem wir die Bundesregierung auffordern, die **Arbeit der "Limbach-Kommission"** mit einer Reihe von Maßnahmen zu **stärken** und transparenter und unabhängiger zu organisieren. Die Bundesregierung soll weiterhin **erhebliche Anstrengungen zur Aufarbeitung des NS-Kunstraubs unternehmen** und Mittel auf hohem Niveau für die Intensivierung der Provenienzforschung aufwenden. Außerdem soll sie den wichtigen Prozess der **Digitalisierung der Sammlungen bundesgeförderter Kultureinrichtungen** weiter voranbringen.

Was die Woche sonst noch los war

Feierliches Gelöbnis vor dem Reichstag

Vor 64 Jahren wurde die **Bundeswehr** als "**Parlamentsarmee**" geschaffen. Ein schöner Anlass für ein öffentliches **Gelöbnis vor dem Reichstag**. Ich habe großen Respekt vor den vielen jungen Leuten, die am Dienstag ihr Gelöbnis abgelegt haben, dass sie sich in den Dienst unseres Landes stellen. Als Abgeordnete habe ich - haben wir - eine

besondere Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten.



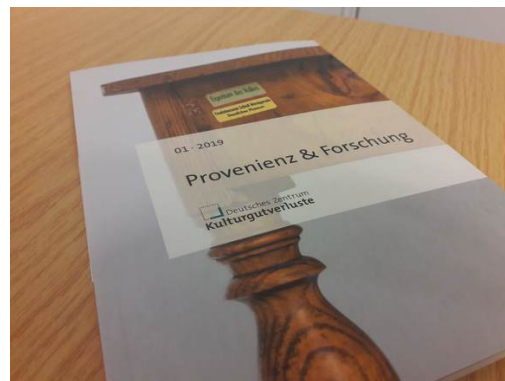
Wir haben die Pflicht, für eine **optimale Ausstattung der Truppe** zu sorgen und die **bestmöglichen Rahmenbedingungen** für ihren Einsatz in den Kriegs- und Kriesengebieten dieser Welt zu garantieren.



Besonders gefreut habe ich mich, vor dem Reichstag **einen jungen Rekruten aus meinem Nachbarort** zu treffen. Für den jungen Mann und seine Familie war nicht nur das Gelöbnis etwas besonderes, sondern auch der Ort, an dem es stattfand. Phil, Dir und Deinen Kameradinnen und Kameraden alles Gute und einen großen Dank für Euren **Dienst für unser Land!**

Entzug von Kunstwerken und Kulturgütern in der DDR

Für den Umgang mit Raubkunst der NS-Zeit haben wir mit den Washingtoner-Prinzipien klare Regularien geschaffen. Doch wie sieht es mit **entwendeten Kunst- und Kulturgütern in der DDR und der sowjetischen Besatzungszone** aus? Unzählige **Bürger** wurden durch das DDR-Regime nicht nur ihres Grundbesitzes **enteignet**, sondern auch ihrer gesammelten Kunst- und Kulturgegenstände. Heute wissen wir, dass diese Gegenstände auch **Teil des Devisenhandels** der DDR waren.



Die Forschung zu diesem Thema steht noch ganz am Anfang. Erste Schritte, wie die **Aufarbeitung dieses Entzugs** aussehen kann, hat nun das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste vorgelegt. Ein Gespräch zu diesem Thema hatten wir am Mittwoch im Rahmen der Kulturausschusssitzung. Ein hochspannendes **Thema, dass wir politisch angehen müssen** und das als **Teil der DDR-Vergangenheit aufgearbeitet werden muss**.

„Gelbe Bänder der Verbundenheit“

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen Petra Nicolaisen und Astrid Damerow habe ich am Dienstag einen - wenn auch recht frühen - Weihnachtsgruß an unsere rund 3000 im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten gesandt. Die Initiative **„Gelbe Bänder der Verbundenheit“** des Deutschen Bundeswehrverbandes und der OASE-Einsatzbetreuung (ein Projekt der

Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) ist jedes Jahr wieder eine tolle Gelegenheit, unserer **Bundeswehr für ihren oft gefährlichen Auslandseinsatz zu danken.**



Treffen mit der Schülerfirma "Repair&Care" aus Neumünster

Wie ist es ein Unternehmen zu gründen, Verantwortung zu übernehmen, selbstständig zu sein? Zehn Schüler der **Gemeinschaftsschule Neumünster-Brachenfeld** wissen das. Sie haben nämlich die **Schülerfirma "Repair&Care"** gegründet und sind mit ihrem kleinen Unternehmen unter die besten zehn des **Bundes-Schülerfirmen-Contests** gekommen. Ihre Geschäftsidee, die Reparatur und den Verkauf von digitalen Endgeräten zu sozialverträglichen Preisen. Hier zeigt sich, wie Teilhabe an der digitalen Gesellschaft funktionieren kann.



Am Donnerstag haben sie mich im Bundestag besucht und waren voller Spannung und Vorfreude auf die Preisverleihung am heutigen Freitag im Bundeswirtschaftsministerium. Als ganz besonderes Highlight sind die Neumünsteraner von Digitalstaatsministerin Dorothee Bär zusätzlich mit dem **Sonderpreis "Digitale Geschäftsidee"** ausgezeichnet worden.

Im Gespräch mit Jens Spahn

Beim Treffen der **Gruppe der Frauen** am Donnerstag war **Gesundheitsminister Jens Spahn zu Gast**. Unser Hauptthema war der anstehende Gesetzentwurf zur **Neuregelung der Organspende** und der von einer fraktionsübergreifenden Gruppe eingebrachte Vorschlag einer **"Widerspruchslösung"**. Hiernach soll jeder zum Organspender werden, der nicht zu Lebzeiten widersprochen hat. Ich fände eine solche Regelung gut, gerade mit Blick auf die **sinkende Zahl von Organspendern**. Wie sensibel das Thema und umstritten der Gesetzesvorschlag ist, erlebe ich durch die vielen Zuschriften, die ich bekomme. Hier heißt es: **Aufklärung ist das A und O**. Wer kein Spender sein will, der wird nicht gezwungen, muss dem aber aktiv widersprechen. Alle Spender und Nicht-Spender sollen in Zukunft in einem Register geführt werden, damit im Fall der Fälle sofort Klarheit besteht.



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!



Terminvorschau

Dienstag, 19.11.2019

- Diskussionsveranstaltung "Die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung auf dem Land" im Café Kloenschnack der Ostseeklinik Schönberg

Donnerstag, 12.11. bis Samstag 23.11.2019

- Parteitag der CDU Deutschland in Leipzig
-

Einladung an alle Interessierten

In der vergangenen Woche haben wir im Bundestag das **Digitale-Versorgungs-Gesetz** verabschiedet. Künftig gibt es **Gesundheitsapps auf Kassenkosten** und eine **leichtere Nutzung von Online-Sprechstunden**. Außerdem wird die **wissenschaftliche Verwendung von digitalisierten Patientendaten** vereinfacht. Ziel des Gesetzes ist es, Zeit und Kosten zu sparen und die medizinische Versorgung zu verbessern. Besonders für die **ländlich geprägten Regionen** ist das ein wichtiges Signal. Denn innovative Neuerungen im Gesundheitsbereich und die **Möglichkeiten der Digitalisierung** bieten eine Chance, die hohe Qualität von medizinischen Leistungen vor Ort zu halten und zu verbessern.



Zu diesem spannenden Thema möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen und lade Sie herzlich zu der Diskussionsveranstaltung:

"Die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung auf dem Land"

am Dienstag, 19. November 2019 um 19 Uhr in das Café Kloenschnack der Ostseeklinik Holm-Schönberg, An den Salzwiesen 1, 24217 Schönberg, ein.

Anmeldungen nehme ich unter melanie.bernstein@bundestag.de gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.